

WP-4 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 4 des Landeswahlprogramms (Gleichstellung, Antidiskriminierung, Geflüchtete, Queeres, Inklusion, Rechtsextremismus, Kultur, Medien, Religion, Demokratie)

Berlin ist eine Stadt, in der Freiheit, Vielfalt und Solidarität zu Hause sind. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen, Identitäten und Lebensweisen und prägen gemeinsam das Bild unserer Stadt. Für uns Bündnisgrüne ist Berlin ein Versprechen: dass jede*r hier selbstbestimmt leben, sich entfalten und mitgestalten kann. Wir Bündnisgrüne wollen, dass dieses Versprechen wieder eingelöst wird – mit einer Politik, die Menschen befähigt, ihr Leben selbst zu gestalten, gleiche Chancen schafft und Diskriminierung entschieden entgegentritt.

Ein Berlin für alle heißt, dass Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert wird. Wir setzen auf Gleichstellung, Antidiskriminierung und Teilhabe von queeren Menschen, Geflüchteten und Menschen mit Behinderung. Wir schaffen Strukturen, die schützen und befähigen, Räume, die offen und sicher sind, und Institutionen, die die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Zugleich verteidigen wir unsere Demokratie gegen Hass und Hetze und stärken jene, die sich tagtäglich für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen.

Berlin ist ein Zuhause für Kunst, Kultur und Kreativität. Von den großen bis zu den kleinen Bühnen, von Museen und Clubs bis zu den Ateliers in den Kiezen. Diese Vielfalt macht unsere Stadt lebendig und stark. Wir sichern kulturelle Teilhabe für alle, künstlerische Freiheit, faire Arbeitsbedingungen und eine verlässliche Förderung für Kreativschaffende, damit Berlins kulturelle Landschaft auch künftig Raum für Neues, für Widerspruch und für Begegnung bleibt. Wir schützen die Freiheit des Glaubens ebenso wie die Freiheit, keiner Religion anzugehören, und fördern den interreligiösen Dialog als Brücke des Austauschs und Zusammenhalts. Eine starke Demokratie lebt vom Mitmachen – durch Bildung, Beteiligung und Zivilcourage. Denn ein Berlin für alle bedeutet, dass jede*r gehört wird und die Vielfalt dieser Stadt als gemeinsames Versprechen begreift.

4.1. Strukturelle Gleichstellung – fair, selbstbestimmt und verbindlich

Wir Bündnisgrüne wollen, dass in Berlin alle Frauen, Lesben, inter*, nicht-binären, trans* und agender Personen (FLINTA*) frei und ökonomisch unabhängig leben können. Arbeit soll gerecht bezahlt, Care-Arbeit fair verteilt und Mitsprache selbstverständlich sein – auch in Chef*innenetagen und in der Politik. Wir wollen Gesundheitsversorgung für alle FLINTA* bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt aufstellen. Bündnisgrüne Politik sichert strukturelle Gleichstellung mit verbindlichen Strategien, fairer Finanzierung, transparenter Personalpolitik, Equal Pay, gezielter Förderung von Gründer*innen und Frauen in MINT-Berufen und Programmen für den Wiedereinstieg nach Familienphasen. Flexible Arbeitsmodelle sowie eine gut ausgebaute Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur entlasten und eröffnen Chancen. Bildung, Ausbildung und Berufschancen werden gezielt gefördert, soziale Träger dauerhaft abgesichert. Berlin wird Vorreiterin einer feministischen Politik, die Vielfalt schützt, marginalisierte Gruppen gezielt einbezieht, Teilhabe stärkt und Gerechtigkeit für alle schafft.

39 Doch geschlechtsspezifische Gewalt – ob häuslich, sexualisiert oder digital – gehört für
40 viele FLINTA* noch immer zum Alltag. Die vorhandenen Schutzplätze reichen nicht aus und für
41 marginalisierte Gruppen bestehen oft hohe Zugangshürden. Frauen verdienen im Schnitt weniger
42 als Männer, tragen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit und sind in Führungspositionen stark
43 unterrepräsentiert. Im Gesundheitswesen fehlen vielerorts spezifische, diskriminierungsfreie
44 und mehrsprachige Angebote. Bei Sexarbeitenden überlagern Stigmata, fehlender Schutz,
45 mangelnde Gesundheitsversorgung und Unsicherheit den Zugang zu Rechten und Unterstützung.

46 Gleichstellung konsequent vorantreiben

47 Wir Grüne wollen das Gender-Budgeting im Landeshaushalt konsequent weiterentwickeln. Dazu
48 gehören ein wirksames Controlling durch eine gestärkte Leitstelle bei der
49 Senatsfinanzverwaltung sowie die Ausweitung auf weitere Produkte und Diversitätsmerkmale.

50 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit klaren Kriterien und Vorgaben muss
51 intersektional alle Diskriminierungsformen berücksichtigen. In den Bezirken werden die
52 Gleichstellungsbeauftragten gestärkt. Über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen
53 mit landeseigenen Betrieben und Beteiligungen, transparente Auswahlverfahren und Quoten,
54 Equal Pay, die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, in der Wissenschaft und im Handwerk,
55 Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, Programme für den beruflichen
56 Wiedereinstieg sowie den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur sichern wir die
57 strukturelle Gleichstellung. Flexible Arbeitsmodelle sorgen dafür, dass Erwerbs- und Care-
58 Arbeit fair verteilt werden.

59 Prävention stärken und Schutzräume ausweiten

60 Der Schutz von Frauen vor Gewalt hat für uns oberste Priorität. Wir Grüne setzen das
61 Gewalthilfegesetz konsequent um. Die Bundesmittel hierfür werden wir für zusätzliche
62 Maßnahmen ausgeben. Wir schaffen mehr Beratungsangebote, zwei neue Frauenhäuser, mehr
63 Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie
64 suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für
65 marginalisierte Gruppen. Die Sprachmittlung und Housing First für Frauen werden ausgebaut,
66 Notunterkünfte für FLINTA* erweitert. Digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir mit
67 spezialisierten Online-Beratungsangeboten, Sensibilisierungskampagnen und verpflichtenden
68 Schulungen für Polizei und Justiz.

69 Es ist gut, dass der schwarz-rote Senat unsere Forderung, Wohnungsverweisungen für
70 Täter*innen häuslicher Gewalt von 14 Tagen auf vier Wochen zu verlängern und Kontakt- und
71 Näherungsverbote im Berliner Sicherheitsgesetz zu verankern, umsetzt. Diesen Weg werden wir
72 weitergehen. Auch die interdisziplinären Fallkonferenzen, die eine stärkere Zusammenarbeit
73 von Polizei, Jugendämtern und Beratungsstellen bei konkreten Fällen häuslicher Gewalt
74 ermöglichen, werden auf unsere Vorschläge hin vom Berliner Senat eingesetzt. Die Istanbul-
75 Konvention ist ein Instrument, das uns dazu verpflichtet, notwendige Maßnahmen für den
76 Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festzulegen, die
77 über den Status quo hinausgehen. Wir setzen die Punkte der Konvention durch verstärkte
78 Präventionsmaßnahmen, den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine
79 verbesserte Datenerhebung konsequent um.

80 Gesund und selbstbestimmt leben

81 Wir Grüne schaffen eine diskriminierungsfreie und flächendeckende Gesundheitsversorgung für
 82 Frauen und FLINTA*. Dazu gehören der Ausbau frauengesundheitlicher, queersensibler und
 83 mehrsprachiger Angebote, zusätzliche Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die
 84 Verankerung der Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Ausbildung. In
 85 Schulen und Jugendeinrichtungen stellen wir die Verfügbarkeit erweiterter
 86 Aufklärungsangebote zu Menstruation und Verhütung sicher, außerdem werden
 87 Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten und in öffentlichen Gebäuden kostenfrei
 88 bereitgestellt, wie es manche Bezirke bereits tun. Um allen Frauen eine medizinische
 89 Versorgung zu ermöglichen, wollen wir ein flächendeckendes Angebot an Gynäkolog*innen und
 90 Urolog*innen in allen Bezirken sichern und dabei auch ein Augenmerk auf trans*, nicht-binäre
 91 und behinderte Menschen legen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung von § 218
 92 des Strafgesetzbuchs ein, weil das Recht von Schwangeren, über ihren eigenen Körper und ihre
 93 reproduktive Gesundheit zu entscheiden, ein unveräußerlicher Teil ihrer Selbstbestimmung und
 94 Gleichberechtigung ist.

95 Schutz und Rechte für Sexarbeitende sichern

96 Um Sexarbeitende zu schützen, zu entkriminalisieren und zu entstigmatisieren, setzen wir
 97 Bündnisgrüne die Ergebnisse des unter Rot-Rot-Grün einberufenen „Runden Tisches Sexarbeit“
 98 um und integrieren das Peer-Projekt „transSexWorks“ in das Koordinierungsgremium.
 99 Fachberatungsstellen werden um psychologische Beratungsangebote erweitert. Wir entwickeln
 100 gemeinsam mit den Bezirken Präventions- und Schutzkonzepte, besonders für den
 101 Kurfürstentempel, mit dem Ziel, sichere, hygienische Arbeitsorte zu schaffen sowie eine
 102 bessere gesundheitliche Versorgung und eine qualifizierte rechtliche Beratung zu fördern.
 103 Damit unterstützen wir Sexarbeitende und tragen zur Entlastung des öffentlichen Raums bei.
 104 Freier*innen, die in Freier*innenforen und anderswo die Persönlichkeitsrechte von
 105 Sexarbeitenden verletzen, werden strafrechtlich verfolgt.

106 4.2. Berlin gegen Diskriminierung – Vielfalt konsequent 107 schützen

108 Berlin ist eine Stadt, in der Vielfalt gelebt wird. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein,
 109 dass alle Menschen frei von Diskriminierung leben können – unabhängig von Herkunft,
 110 Religion, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder sozialer
 111 Lage. Antidiskriminierung ist für uns dabei eine Querschnittsaufgabe: Politik, Verwaltung,
 112 Bildung, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft sollen ihr Handeln aktiv an Vielfalt und
 113 Gerechtigkeit ausrichten. Berlin braucht klare Zuständigkeiten, verbindliche Maßnahmen und
 114 dauerhafte Förderung bei der Arbeit gegen jede Form rassistischer Diskriminierung. Wir
 115 stärken Betroffene, ihre Perspektiven sollen gehört und repräsentiert werden. Vielfalt und
 116 Repräsentation sind für uns nicht nur ein Symbol, sondern gelebte Realität – sichtbar,
 117 wirksam und selbstverständlich.

118 Wir verteidigen Minderheiten und zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor direkten Angriffen
 119 und den zunehmenden Versuchen, sie pauschal zu delegitimieren. Wir stärken Projekte, die
 120 sich für ein diverses und sicheres Berlin einsetzen, und fördern die Sensibilität für
 121 Diversität.

122 Strategie für Antidiskriminierung und Diversität entwickeln

123 Berlin hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung zu einem bundesweiten Leuchtturm für eine
 124 progressive Politik der Vielfalt entwickelt, die sich gegen jede Form der Diskriminierung
 125 stellt. Diese Zeiten sind mit Schwarz-Rot schon lange vorbei. Wir Grüne akzeptieren diesen
 126 Stillstand nicht. Wir wenden uns entschieden gegen die ideologisch vorangetriebenen Angriffe
 127 auf zivilgesellschaftliches Engagement, gegen die Zerschlagung von Beratungsangeboten oder
 128 Präventionsstrukturen, die sich jeden Tag für Vielfalt, Teilhabe und Gleichbehandlung
 129 einsetzen.

130 Wir wollen, dass Berlin wieder Verantwortung übernimmt und voranschreitet: mit einer
 131 gesamtstädtischen Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie. Mit ihr wollen wir die
 132 unterschiedlichen bestehenden Programme gegen Diskriminierung zusammenführen, intersektional
 133 ausrichten, alle gesellschaftlichen Handlungsfelder und Institutionen auf strukturelle
 134 Diskriminierung prüfen und Berlin wieder zur Vorreiterin einer progressiven
 135 Antidiskriminierungspolitik machen. Die Strategie soll unter enger Einbindung von
 136 Wissenschaft, Expert*innen und insbesondere den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
 137 Communities entwickelt werden. Die bisherigen Strukturen werden evaluiert und
 138 weiterentwickelt, klare Zuständigkeiten auf Landes- und Bezirksebene gesetzlich verankert
 139 und dauerhaft gestärkt. Parallel überarbeiten wir die veraltete Landeskonzption
 140 „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus
 141 grundlegend. Ziel ist der Abbau struktureller Ungleichbehandlung sowie der Aufbau
 142 gleichwertiger Beratungs- und Empowermentstrukturen für alle marginalisierten Gruppen.

143 Bestimmte Formen der Diskriminierung haben ohnehin bis heute zu wenig politische
 144 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken schließen – etwa durch den Berlin-
 145 Monitor, der wieder jährlich erscheinen soll und eng mit der Zivilgesellschaft abgestimmt
 146 wird. Wir wollen die Berliner Antidiskriminierungsarbeit um neue gesellschaftliche
 147 Handlungsfelder erweitern, wie etwa den Gesundheits- und Pflegebereich, den Bereich
 148 Wissenschaft und Hochschulen oder den Bereich der Diskriminierung im digitalen Kontext, und
 149 durch KI-Anwendungen ergänzen. Wir bauen diskriminierungskritische, mehrsprachige,
 150 niedrigschwellige und psychosoziale Unterstützung aus, stärken ein Förderprogramm für
 151 marginalisierte Selbstorganisationen, entwickeln die bezirklichen Beauftragtenstrukturen zu
 152 Diversityteams weiter und schaffen einen Aktionsplan, der Safer Spaces und Community-Orte in
 153 der ganzen Stadt schützt.

154 Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln

155 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine bündnisgrüne Erfolgsgeschichte. Wir
 156 wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen
 157 Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern
 158 den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts,
 159 der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz
 160 verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche
 161 auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr
 162 verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur
 163 Abschreckung. Ein Rechtshilfefonds wird Verbandsklagen erleichtern. Wir stärken die LADG-
 164 Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht, ein
 165 eigenes Presserecht und eine Berichtspflicht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle wird eine
 166 unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen eingerichtet. Auch auf
 167 Bundesebene kämpfen wir für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der
 168 Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

169 Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Verwaltung stärken

170 Die Berliner Verwaltung muss bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und
171 Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Diversity-Landesprogramm haben wir
172 dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt bei der Personalgewinnung und
173 im Personalmanagement zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber
174 nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer
175 senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher einen Neustart für das Diversity-
176 Landesprogramm mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen. Zentrale Maßnahmen des
177 Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von
178 Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Dazu gehören auch unabhängige,
179 diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe,
180 die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und
181 Diskriminierung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und
182 Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Neben den bisherigen Schwerpunkten soll für die
183 weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von
184 Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der
185 Diskriminierungsprävention.

186 Wir Bündnisgrüne wollen zukünftig einen echten Diversitäts-Check einführen. Im Sinne eines
187 modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats – insbesondere
188 Gesetzesvorhaben – vorab auch auf potenziell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde
189 Wirkungen hin untersucht werden. Politische und Verwaltungsentscheidungen müssen auf einer
190 rassismus- und diskriminierungskritischen Datenlage basieren, die partizipativ und
191 communitybasiert erhoben wird.

192 Das Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) sorgt dafür, dass die Vielfalt Berlins
193 auch in der Verwaltung sichtbar wird. Die letzte Befragung zeigt jedoch, dass der Anteil von
194 Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst weiter deutlich unter dem der
195 Stadtgesellschaft liegt. Wir wollen den gesellschaftlichen Anteil von Black, Indigenous and
196 People of Color (BIPOC) und Menschen mit Rassismus- und Antisemitismuserfahrung in der
197 Verwaltung durch verbindliche positive Maßnahmen erhöhen und als Zielvorgabe bis 2030
198 mindestens den Durchschnitt der Berliner Bevölkerung erreichen. Perspektivisch wollen wir
199 eine umfassende Vielfaltsquote einführen, die alle Diversitätsdimensionen berücksichtigt.
200 Berichtspflichten und Mitarbeitendenbefragungen nach dem novellierten PartMigG begrüßen wir,
201 wollen jedoch zusätzlich erreichen, dass Gleichstellungsdaten von allen Menschen mit
202 Rassismuserfahrung erfasst sowie ein umfassendes Diversity-Monitoring und anonyme Umfragen
203 zu Diskriminierungserfahrungen etabliert werden. Eine Interessenvertretung für BIPOC im
204 öffentlichen Dienst soll das Personalvertretungsgesetz ergänzen.

205 Auch die landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen haben eine stadtweite Vorbildfunktion
206 für eine moderne, diversitätsorientierte Unternehmensführung in Berlin. Wir Grüne wollen
207 wirksame und verbindliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien für sie entwickeln
208 und implementieren. Dies gilt sowohl für die angebotenen Dienstleistungen und den Umgang mit
209 Kund*innen als auch für die interne Personalverantwortung und -führung. Die Enquete-
210 Kommission hat einen ideologisch vorangetriebenen Kulturkampf weiter verschärft, statt
211 wirkungsvolle Ergebnisse für die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Strategien gegen
212 Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und alle weiteren Formen von Diskriminierung
213 zu liefern. Wir schaffen ein neues parlamentarisches Format, das systematisch und auf
214 Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft arbeitet – mit dem Ziel, eine progressive und
215 intersektionale Antidiskriminierungspolitik in den Mittelpunkt zu stellen und auch die

216 Umsetzung durch Politik und Verwaltung systematisch zu monitoren und zu begleiten. Der Fokus
217 liegt dabei vor allem auf Institutionen und Strukturen der öffentlichen Hand.

218 Antisemitismus entschieden bekämpfen

219 Jüdisches Leben gehört untrennbar zu Berlin. Wir Bündnisgrüne setzen uns entschieden dafür
220 ein, dass Berlin eine Stadt bleibt, in der jüdisches Leben in Sicherheit und Freiheit
221 möglich ist – auf der Straße, in Schulen und Hochschulen, in der Kultur, in der Wissenschaft
222 und im Alltag. Dass Jüdinnen*Juden in Berlin Angst haben, ist nicht zu akzeptieren. Der
223 Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind für uns nicht verhandelbar.
224 Wir wollen das in der rot-rot-grünen Wahlperiode beschlossene „Berliner Landeskonzert zur
225 Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ konsequent umsetzen und bestehende
226 Schutzlücken schließen. Besonders in Bildung, Schule, Hochschule sowie im Opferschutz
227 braucht es verlässliche Strukturen, die Antisemitismus gezielt adressieren. Angesichts
228 steigender Übergriffe und Bedrohungen – verschärft durch das Erstarken der AfD einerseits
229 und des Antisemitismus nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 andererseits –
230 benötigen zivilgesellschaftliche Projekte mehr Unterstützung und Finanzierung. Der Schutz
231 von jüdischen und als israel-solidarisch gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser
232 Einrichtungen, muss sichergestellt werden. Hierfür müssen unter anderem auch bauliche und
233 personelle Schutzmaßnahmen gestärkt werden. Um der wachsenden Verbreitung antisemitischer
234 Narrative im digitalen Raum zu begegnen, wollen wir am Berliner Zentrum für
235 Antisemitismusforschung ein Forschungscluster zu digitalem Antisemitismus einrichten. Dieses
236 soll Frühwarnsysteme entwickeln, digitale Bildungsarbeit leisten und Politik, Medien sowie
237 Plattformbetreiber*innen beraten.

238 Antimuslimischen Rassismus entschieden bekämpfen

239 Rassismus hat viele Gesichter. Wir Bündnisgrüne bekämpfen ihn in all seinen
240 Erscheinungsformen. Auch antimuslimischer Rassismus ist nach dem 7. Oktober 2023 weiter
241 deutlich angewachsen. Wir sagen ihm entschieden den Kampf an. Wir setzen eine*n
242 Landesbeauftragte*n ein, der*die ressortübergreifend Lücken im Schutz vor antimuslimischer
243 Diskriminierung in unseren gesellschaftlichen Institutionen wie Behörden und Schulen sowie
244 bei strukturellen Benachteiligungen wie etwa im Berufsleben schließt und die Ergebnisse der
245 „Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus“ senatsübergreifend koordiniert umsetzt.
246 Dazu gehören einheitliche Vorgaben zur inhaltlichen Ausgestaltung von Schulordnungen an
247 Berliner Schulen, die LADG-konform sind und z. B. das Verbot von Gebetsausübung oder
248 Bekleidungsverbote untersagen. Die Kommission soll ihre Arbeit fortsetzen und bestehende
249 Beratungs-, Empowerment- und Monitoringstrukturen sollen gestärkt und ausgebaut werden.
250 Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhalten verpflichtende Fortbildungen und beim
251 Landeskriminalamt wird eine spezifische Ansprechperson eingesetzt. Das diskriminierende
252 Neutralitätsgesetz schaffen wir in Gänze ab. Muslimisches Leben soll in Kunst, Medien und
253 Bildung sichtbar sein – diskriminierungsfrei und selbstbestimmt. Wir setzen uns dafür ein,
254 den 1. Juli als offiziellen Gedenk- und Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus
255 einzuführen, und prüfen den Abschluss eines Berliner Staatsvertrags mit muslimischen
256 Verbänden. Wir erkennen an, dass auch Alevit*innen, Jesid*innen und andere religiöse
257 Minderheiten von antimuslimischem Rassismus betroffen sind, da sie häufig von außen als
258 muslimisch gelesen werden.

259 Anti-asiatischen Rassismus entschieden bekämpfen

260 Wir Grüne fordern ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen antiasiatischen Rassismus.
261 Dazu müssen Beratungs-, Melde- und Empowermentstrukturen überhaupt erst einmal eingerichtet
262 bzw. gestärkt werden. Gegen antiasiatischen Rassismus als spezifische Form der
263 Diskriminierung führen wir Sensibilisierungen im öffentlichen Dienst ein, fördern asiatisch-
264 deutsche Selbstorganisationen und binden sie in politische Gremien ein. Empowerment- und
265 Teilhabeangebote werden gezielt ausgebaut, um mediale, kulturelle und politische
266 Repräsentanz zu stärken.

267 Anti-Schwarzen Rassismus entschieden bekämpfen

268 Berlin hat sich 2018 zur Umsetzung der 1. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft
269 (2015–2024) verpflichtet. Dabei sollten unter anderem geeignete Maßnahmen zur Erfassung der
270 Diskriminierung Schwarzer Menschen und Antidiskriminierungsmaßnahmen entwickelt werden –
271 unter enger Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Berücksichtigung der Perspektiven
272 Schwarzer Menschen. Nach dem Abschluss der 1. UN-Dekade wollen wir Grüne deren Ergebnisse
273 sichern und die etablierten Strukturen und implementierten Maßnahmen fortführen und
274 verstetigen. Die noch offenen Forderungen sollen weiter umgesetzt und bestehende Lücken
275 geschlossen werden. Dazu gehört auch die Einrichtung des Studiengangs „Intersectional Black
276 European Studies“ an den Berliner Hochschulen. Wir wollen, dass Berlin sich auch zur
277 Umsetzung der 2. UN-Dekade (2025–2034) verpflichtet und dabei bundesweit voranschreitet.
278 Gemeinsam mit den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communities wollen wir
279 hierfür eine Gesamtstrategie für die 2. UN-Dekade mit einem Maßnahmen- und Aktionsplan bis
280 2034 entwickeln. Diese Gesamtstrategie soll verbindlich alle Senatsressorts und die Bezirke
281 einschließen. Gegen anti-Schwarzen Rassismus bauen wir Beratungs-, Melde- und
282 Empowermentstrukturen aus und sichern sie langfristig. Dazu gehört auch das Schwarze
283 Community-Zentrum.

284 Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze entschieden bekämpfen

285 Rom*nja und Sinti*zze werden weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert.
286 Die meisten registrierten Vorfälle ereignen sich im Kontakt mit der Verwaltung, mit
287 öffentlichen Stellen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt. Berlin
288 muss daher weiterhin entschlossen handeln, den strukturellen, institutionellen und
289 alltäglichen Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja zu bekämpfen. Wir Bündnisgrüne setzen auf
290 eine verbindliche Einbindung des Beirats für Angelegenheiten der Rom*nja und Sinti*zze, eine
291 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Antiziganismus-Dokumentationsstelle und gezielte
292 Fortbildungen in den öffentlichen Stellen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von
293 pädagogischem Personal sowie in Rahmenlehrplänen der Berliner Schulen müssen
294 rassismuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sinti*zze und Rom*nja
295 verbindlich Eingang finden. Das Recht auf Bildung muss in Berlin für alle Kinder, unabhängig
296 vom Aufenthaltsstatus, gelten. Eine Ausweisung und Abschiebung geflüchteter Rom*nja in
297 vermeintlich „sichere“ Herkunftsländer, in denen ihnen Angriffe und Diskriminierung drohen,
298 lehnen wir ab.

299 4.3. Humanität für Geflüchtete – Integration und 300 Partizipation fördern

301 Berlin soll sicherer Hafen und eine Stadt der Chancen sein. Integration und Partizipation
302 beginnen für uns am ersten Tag. Menschen sollen Schutz, Wohnraum, Beratung, Sprach- und
303 Bildungsangebote sowie Zugang zu Arbeit und Gesundheitsversorgung erhalten –
304 diskriminierungsfrei, kultursensibel und mehrsprachig. Dauerhaft finanzierte
305 Beratungsstellen sichern besondere Schutzbedarfe. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein,
306 dass diskriminierungsfreie und traumasensible medizinische Versorgung geleistet, Ehrenamt
307 und Selbstorganisation gefördert sowie Wohnraumberatung und unabhängige
308 Asylverfahrensberatung angeboten werden. Wir werden diese Werte auch in Zukunft weiter im
309 Netzwerk „Solidarity Cities“ (solidarische Städte) leben!

310 Zugänge zu Arbeit und Ausbildung schaffen

311 Mit einer Politik der aktiven Integration erleichtern wir Grüne Geflüchteten vom ersten Tag
312 an den Einstieg in den Arbeitsmarkt und beschleunigen ihre berufliche Integration. Dafür
313 bauen wir praxisnahe Sprach- und Qualifizierungsangebote aus, mit einer Taskforce
314 „Anerkennung“ beschleunigen wir die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und legen den
315 Schwerpunkt auf die Fachkräftestrategie. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die
316 Zustimmungspflichten der Bundesagentur für Arbeit für Menschen im Asyl-Anerkennungsverfahren
317 entfallen. Bürokratische Hürden bei der Erteilung und Verlängerung von Arbeitserlaubnissen
318 werden abgebaut. Betriebe, die Geflüchtete einstellen oder ausbilden, unterstützen wir
319 gezielt und fördern Kooperationen zwischen Unternehmen, Kammern und zivilgesellschaftlichen
320 Initiativen. Ziel ist, dass Geflüchtete ihre Fähigkeiten schnell einbringen und sich
321 bestmöglich qualifizieren können, um finanziell unabhängig zu werden und eine
322 selbstbestimmte Perspektive in Berlin entwickeln zu können.

323 Stigmatisierende Bezahlkarte abschaffen

324 Wir lehnen die vom schwarz-roten Senat geplante Bezahlkarte ab, weil sie Geflüchtete
325 stigmatisiert und ihre Selbstbestimmung einschränkt. Stattdessen setzen wir auf
326 diskriminierungsfreie, unbürokratische Auszahlungen von Leistungen sowie, unabhängig vom
327 Aufenthaltsstatus, ein Bankkonto für alle („Basiskonto“). Kinder erhalten unverzüglich
328 Zugang zu Schulunterricht, Willkommensklassen dürfen nur eine Übergangslösung sein.
329 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus stellen wir den Zugang von Geflüchteten zu Bildung,
330 Gesundheitsversorgung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe sicher.

331 Dezentrale Unterbringung voranbringen

332 Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es
333 entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden. Wir Grüne wollen weg von der
334 Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen. In der
335 Massenunterkunft in Tegel werden tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der
336 Zugang von Hilfsorganisationen ist erschwert und Kinder haben nur eingeschränkt die
337 Möglichkeit, am Schulunterricht teilzunehmen. Das ist insbesondere für Familien und Kinder
338 belastend in einer ohnehin schwierigen Lage. In der Neuaufstellung der Unterbringung setzen
339 wir auf Wohnungen und kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in allen Bezirken. Ein
340 Ankunftszenrum soll bestmögliche Erstversorgung sicherstellen, sich darum kümmern, dass
341 Kinder und besonders vulnerable Geflüchtete angemessen betreut und schnellstmöglich in gute

342 Unterkünfte vermittelt werden. Mit einer Senatskommission „Unterbringung“ sorgen wir für
 343 eine engere Abstimmung zwischen Senat und Bezirken. Asylsuchende werden zudem bei der Reform
 344 der Wohnungsnotfallhilfe mitberücksichtigt. Dabei darf keine Gruppe, die von
 345 Wohnungslosigkeit bedroht ist, gegen eine andere ausgespielt werden.

346 GEAS humanitär umsetzen und Zugänge ermöglichen

347 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) darf nicht zu einer Aushöhlung
 348 des Geflüchtetenschutzes führen. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass Berlin humane
 349 Mindeststandards einhält und die Rechte Schutzsuchender wahrt. Dazu gehören faire
 350 Asylverfahren, der Schutz vor Abschiebung in unsichere Drittstaaten und der Vorrang
 351 menschenwürdiger Unterbringung. Explizit stellen wir uns gegen Abschiebehaft, insbesondere
 352 für Kinder, und die Trennung von Familien. Die Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen,
 353 wie nach Afghanistan oder Syrien, ist inakzeptabel und muss beendet werden.

354 Wir sprechen uns für die Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms für Afghanistan aus und
 355 wollen das Modell auch auf Gaza erweitern. Außerdem möchten wir den Familiennachzug wieder
 356 ermöglichen und die Aufnahme von Personen, die von Klimakatastrophen und humanitären
 357 Notlagen betroffen sind, neu einführen. So soll Berlin Menschen aus UN-Einrichtungen
 358 aufnehmen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und
 359 Menschenrechten ein.

360 4.4. Queere Sicherheit – Sichtbarkeit und Teilhabe 361 ausbauen

362 Unser Berlin ist, bleibt und wird mehr denn je die Hauptstadt der queeren Vielfalt – sicher,
 363 sichtbar, solidarisch. Queere Menschen sollen in allen Bezirken frei von Angst leben,
 364 uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Vielfalt ist für uns
 365 Bündnisgrüne selbstverständlich: von der Schule bis zur Pflege, von der Kultur bis zur
 366 Verwaltung. Schutz vor Queerfeindlichkeit, gleichberechtigter Zugang zu
 367 Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeit sowie eine lebendige queere Kultur sollen fest
 368 verankert sein. Dauerhafte Strukturen und ein starker politischer Rückhalt sollen dafür
 369 sorgen, dass queeres Leben in Berlin nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist.

370 Wir Bündnisgrüne möchten queerfeindliche Übergriffe verhindern, lesbische Sichtbarkeit
 371 erhöhen und queere Infrastruktur und queere Angebote für Regenbogenfamilien und inter*,
 372 nicht-binäre, trans* und agender Personen (FLINTA*) stärken. Die Umsetzung der unter
 373 bündnisgrüner Beteiligung eingeführten Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle
 374 Vielfalt (IGSV) wollen wir standardisieren und flächendeckend vorantreiben.

375 Queere Teilhabe und Infrastruktur flächendeckend stärken

376 Wir Grüne setzen uns für ein Berlin ein, in dem queere Menschen in allen Lebensbereichen
 377 sichtbar, sicher und gleichberechtigt sind. Aktuell zeigt sich jedoch, dass Berlins queere
 378 Infrastruktur mit ihren Empowermenträumen, Beratungsstrukturen, Projekten, Kulturorten und
 379 Safer Spaces akut bedroht ist. Sei es durch gewaltvolle queerfeindliche Attacken, durch
 380 Verdrängung in unseren Kiezen oder durch die ideologische Politik des schwarz-roten Senats,
 381 die etwa die queere Bildungsarbeit komplett zerschlagen will. Wir treten dem entschieden
 382 entgegen und werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern, langfristig
 383 fördern und stärken. Wir setzen einen Aktionsplan gegen Verdrängung von
 384 zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt auf. Das

385 Verschwinden queerer Orte wollen wir stoppen und neue schaffen. Hier nehmen wir verstärkt
 386 auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

387 Wir wollen einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Lesben, Schwule,
 388 Bisexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) in allen Bezirken und in der ganzen
 389 Stadt. Es darf nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ* in Berlin wohnt, um z. B.
 390 Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. In jedem Bezirk soll daher mindestens ein queerer
 391 Ort in Form eines Zentrums, Jugendclubs oder Familienzentrums entstehen. Wir wollen
 392 Queerbeauftragte in allen Bezirken und für sie eine gesetzliche Grundlage schaffen. Mit
 393 Queer-Mainstreaming verankern wir queersensible Angebote in allen Einrichtungen. Wir sichern
 394 flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote und integrieren queere Perspektiven in
 395 Studium und Ausbildung, insbesondere in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Wir stärken die
 396 Beratungsangebote für Regenbogenfamilien und wollen die Gründung eines weiteren
 397 Regenbogenfamilienzentrums vorantreiben. Wir sorgen dafür, dass das Personal in Gerichten
 398 und Jugendämtern geschult ist, um die Diskriminierung insbesondere von Regenbogen-
 399 Pflegefamilien abzubauen.

400 Wir Bündnisgrüne werden auch weiterhin die Aufmerksamkeit für lesbisches Leben und lesbische
 401 Belange mit ganz konkreten Maßnahmen erhöhen. Darüber hinaus wollen wir Bi+-Personen und
 402 ihre Strukturen gezielt unterstützen und werden dafür den Maßnahmenplan „Bi+“ entwickeln.
 403 Ebenso bauen wir die Diskriminierung von trans*,inter*,nicht-binären und agender
 404 Berliner*innen ab und bauen ihre Teilhabe in allen Bereichen aus. Wir fördern Anlauf- und
 405 Beratungsstellen für mehrfach marginalisierte queere Gruppen wie z. B. queere Geflüchtete in
 406 allen Teilen der Stadt. Wir stärken die Erinnerungskultur zum Thema queeres Leben und seine
 407 Gefährdung und fördern queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt. Wir setzen den
 408 Inklusionsfonds für eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn
 409 weiter aus. Damit queere Menschen sich auch sicher an Orten der eigenen Community und im
 410 Nachtleben bewegen können, entwickeln wir einen Maßnahmenplan für die Bekämpfung von
 411 Diskriminierung in diesen Bereichen.

412 Gleichzeitig setzt sich Berlin auf Bundes- und EU-Ebene für die diskriminierungskritische
 413 Reform von Gesetzen, den Schutz queerer Rechte und internationale Solidarität ein – etwa
 414 durch die Verankerung geschlechtlicher und sexueller Identität in Artikel 3 des
 415 Grundgesetzes und ein verstärktes Engagement im internationalen Rainbow Cities Network.

416 Queerfeindlichkeit mit Bildung, Prävention und Schutz begegnen

417 Queerfeindlichkeit hat in unserer Stadt drastisch zugenommen. Wir Grüne begegnen ihr mit
 418 einem klaren Dreiklang aus Bildung, Prävention und besseren Schutzmaßnahmen. Dazu sichern
 419 wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft und bauen sie aus.
 420 Unser Ziel: Alle Berliner Schüler*innen sollen jährlich Zugang zu queeren Bildungsangeboten
 421 erhalten. Wir stärken Projekte, die aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Wir
 422 verbessern den Schutz queerer Einrichtungen, erhöhen die Polizeipräsenz bei akuten
 423 Bedrohungslagen und schulen Polizei und Justiz für einen sensiblen Umgang.
 424 Vertrauensbildende Maßnahmen sollen die Anzeigebereitschaft erhöhen. Besonders entschieden
 425 treten wir transfeindlicher Hetze und Gewalt entgegen, die zunehmend in der Mitte der
 426 Gesellschaft angekommen ist.

427 Queeres Leben fördern und sichern

428 Die Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) ist das zentrale
 429 Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen gesellschaftlichen

Handlungsfeldern. Damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, wollen wir sie neu denken und ihr einen Neustart verpassen. Sie soll zu einer umfassenden Gesamtstrategie entwickelt werden. Wir erhöhen die Verbindlichkeit und setzen klare und nachprüfbare Ziele und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Die queeren Communities werden wir dauerhaft und wirksam an der Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung beteiligen. Die Bezirke werden wir intensiver einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen, dessen Umsetzung transparent evaluiert wird.

4.5. Gelebte Inklusion – Barrieren abbauen, Teilhabe schaffen

In Berlin leben über 333.000 Menschen mit einem anerkannten Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent – das ist fast jede zehnte Person. Die Tendenz ist in unserer alternden Gesellschaft steigend, da viele Behinderungen im Lebensverlauf entstehen. Behinderung resultiert aus der Wechselwirkung zwischen individuellen Beeinträchtigungen und den Barrieren in Gesellschaft und Umwelt. Menschen mit Behinderung erleben zu oft (Mehrfach-)Diskriminierung und dass ihre Selbstbestimmung infrage gestellt wird: im Rehabilitationsamt oder beim Jobcenter, beim Zugang zu Arbeit und Wohnen oder bei sexuellen und reproduktiven Rechten. Wir Bündnisgrüne wollen am Abbau von Barrieren arbeiten. Die beste Roadmap hierfür bietet die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Doch Berlin hat bei deren Umsetzung noch einiges an Arbeit vor sich. Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – gleichberechtigt an Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Wohnen und Arbeit teilhaben können.

Inklusion koordinieren und stärken

Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Fragen der Eingliederungshilfe schnelle, kompetente und individuelle Beratung erhalten und bei anderen Bedarfen zuverlässig weitervermittelt werden. Wir Grüne wollen die Bezirke dabei unterstützen, ihre Koordinierungsstellen „Inklusion“ zu besetzen und verbindliche Aktionspläne für die Inklusionsarbeit zu erstellen und zu realisieren. Gemeinsam mit den Bezirken soll der Senat Zielvereinbarungen für die Teilhabefachdienste entwickeln und diese nach dem Prinzip einer „One-Stop-Agency“ ausbauen. Die Ausstellung des Schwerbehindertenausweises wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Behinderungen sind vielfältig – wir wollen nicht sichtbare Behinderungen stärker ins Blickfeld rücken und erarbeiten hierfür unter anderem eine Berliner Autismusstrategie. Das Berliner Behindertenparlament möchten wir als ein Instrument der politischen Teilhabe dauerhaft etablieren und auskömmlich finanzieren.

Bildung als Fundament für gleiche Chancen inklusiv gestalten

Es ist nicht hinnehmbar, dass derzeit circa 2.800 Kinder aufgrund von Behinderungen nicht ordentlich oder gar nicht beschult werden. Exkludierende Systeme müssen vollständig abgebaut und Inklusion in allen Schulen möglich gemacht werden. Multiprofessionelle Teams, Schulassistenten sowie ergänzende Förderung und Betreuung in Grundschulen sichern gleiche Bildungschancen und sorgen dafür, dass alle Schüler*innen einen Abschluss erreichen können. Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zur Schule muss sichergestellt sein. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf soll selbstbestimmt erfolgen und durch gute Beratung und Begleitung unterstützt werden. Dafür wollen wir unter anderem die Jugendberufsagentur inklusiver aufstellen.

473 Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern

474 Sondersysteme wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Sonderschulen verhindern
475 häufig die Inklusion in reguläre Arbeit oder Ausbildung. Auf dem Arbeitsmarkt setzen wir
476 Grüne uns für eine angemessene Bezahlung von Menschen mit Behinderungen im ersten und
477 zweiten Arbeitsmarkt ein und treiben den Ausbau von Inklusionsunternehmen gezielt voran.
478 Unternehmen sollen darüber hinaus besser über Budgets für Ausbildung und Arbeit informiert
479 und bei der Umsetzung unterstützt werden. Ergänzend werden wir das Landesprogramm
480 „Ausbildung inklusiv“ umsetzen, dessen Kernelemente eine Stiftung zur Förderung inklusiver
481 Ausbildung, die Stärkung der Jugendberufsagentur und der inklusive Umbau der
482 Oberstufenzentren sind. Zudem setzen wir uns für die Anerkennung und Refinanzierung des
483 Tarifvertrags für Assistenz im Arbeitgeber*innenmodell ein und erhöhen damit das
484 selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderung.

485 Barrierefreies und sicheres Wohnen ermöglichen

486 Berlin braucht mehr barrierefreien Wohnraum. Wir Bündnisgrüne wollen Barrierefreiheit im
487 Milieuschutz zulassen, wo es sinnvoll ist. Zudem fördern wir inklusive Wohnkonzepte wie
488 Clusterwohnungen, Mehrgenerationenhäuser oder gemeinschaftliches Wohnen, denn ein
489 vielfältiges Berlin darf nicht isoliert voneinander leben. In Wohneinrichtungen möchten wir
490 den Gewaltschutz verbessern, Frauenbeauftragte einsetzen und Beratungsangebote in Leichter
491 Sprache ausbauen. Frauenhäuser und Schutzwohnungen sollen barrierefreie Plätze vorhalten.
492 Außerdem entwickeln wir eine umfassende Strategie für Teilhabe und gegen Einsamkeit mit
493 inklusiven Begegnungsstätten in allen Kiezen. Politisches und ehrenamtliches Engagement von
494 Menschen mit Unterstützungsbedarf soll durch die Finanzierung von Assistenz im Ehrenamt
495 möglich gemacht werden. Für geflüchtete Menschen mit Behinderungen wollen wir sicherstellen,
496 dass sie frühzeitig identifiziert, bedarfsgerecht untergebracht und sprach- sowie
497 kultursensibel beraten werden.

498 Gesundheit barrierefrei und Sport inklusiv machen

499 Wir Grüne werden den Runden Tisch „Barrierefreie Stadt“ der Senatsverwaltungen für
500 Stadtentwicklung und Gesundheit reaktivieren, um Einrichtungen der Gesundheitsversorgung –
501 einschließlich Krankenhäusern – sukzessive barrierefrei umzubauen. Medizinische und
502 psychologische Fachkräfte sollen im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen geschult
503 werden. Die Erfahrungskompetenz von Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Stärkung
504 von Selbsthilfe sichtbar machen.

505 Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht auf Sport wie alle anderen – sowohl als
506 Sporttreibende wie auch als Besucher*innen. Sportstätten möchten wir sukzessive inklusiv
507 ertüchtigen, dazu gehören auch ungedeckte Typensporthallen und Schwimmbäder. Die Zahl
508 inklusiver Sportangebote wird erhöht, ebenso wie wohnortnahe, kostengünstige Angebote für
509 Rehasport.

510 Mobilität selbstbestimmt und sicher ermöglichen

511 Der ÖPNV soll für seh- und lernbeeinträchtigte Menschen selbstständig nutzbar sein – von
512 „sprechenden Fahrzeugen“ über barrierefreie BVG-Apps bis zu umgebauten Bus- und
513 Tramhaltestellen. Fahrstühle bei BVG und S-Bahn sollen zuverlässig funktionieren,
514 unterstützt durch eine Fahrstuhl- und Wartungsoffensive. Alternative Mobilitätsangebote wie
515 Muva bleiben so lange erhalten, bis alle Stationen zuverlässig erreichbar sind. Wir Grüne

516 setzen auf vereinheitlichte Bezahlssysteme für Sonderfahrdienst und Inklusionstaxi und
 517 streben mindestens 250 Inklusionstaxis in Berlin an. Die Ausweisung von
 518 Schwerbehindertenparkplätzen wollen wir vereinfachen und beschleunigen.

519 4.6. Kampf gegen Rechtsextremismus – Demokratie 520 schützen

521 In Berlin leben wir eine wehrhafte, offene und vielfältige Demokratie. Alle Menschen sollen
 522 hier frei leben, ihre Meinung äußern und sich engagieren können – ohne Angst vor
 523 Einschüchterung, Hass oder Gewalt. Rechtsmotivierte Straftaten haben Höchststände erreicht
 524 und bilden unter den politisch motivierten Straftaten mit Abstand die größte Gruppe.
 525 Rechtsextreme Akteur*innen sind dabei online wie offline aktiv. BIPOC, Kulturschaffende,
 526 Kommunalpolitiker*innen, Initiativen und Ehrenamtliche erleben Drohungen und Anfeindungen
 527 und zunehmend auch körperliche Übergriffe. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
 528 treten wir Bündnisgrüne entschlossen und auf allen Ebenen entgegen. Wir setzen uns für eine
 529 starke Prävention, konsequente Strafverfolgung und den Schutz von Betroffenen ein. Staat,
 530 Zivilgesellschaft, Bildung, Medien und Justiz ziehen dabei an einem Strang. Wir fördern eine
 531 demokratische Kultur, in der Vielfalt geachtet wird, Fakten geschützt werden und
 532 solidarisches Handeln gestärkt wird – in Berlin, im Netz und auf der Straße. Unser Ziel:
 533 eine Stadt, in der rechtsextreme Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische
 534 Teilhabe für alle gesichert ist.

535 Rechtsextremismus frühzeitig vorbeugen

536 Wir Grüne erweitern die Landesprogramme sowie die Landeskommission gegen Gewalt, um die
 537 Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln. Ziel ist es,
 538 Radikalisierung, besonders im Netz, und die Verjüngung gewaltbereiter Gruppen wirksam zu
 539 bekämpfen. Denn Jugendliche rücken zunehmend als Zielgruppe rechtsextremer Rekrutierung in
 540 den Fokus. Daher bauen wir digitale Präventionsangebote wie spezialisierte Digital
 541 Streetwork aus und fördern in allen Altersgruppen Medienkompetenz, um Desinformation und
 542 Hass frühzeitig zu erkennen. Präventionsprojekte an Schulen sichern wir dauerhaft, machen
 543 den Umgang mit Rechtsextremismus zu einem verpflichtenden Teil der Lehrkräfteausbildung und
 544 sorgen dafür, dass jeder Vorfall an Schulen ernst genommen und konsequent aufgearbeitet
 545 wird.

546 Betroffene rechter Gewalt wirksam schützen

547 Betroffene rechter Gewalt müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Fälle ernst
 548 genommen, zügig aufgeklärt und ohne weitere Viktimisierung bearbeitet werden. Dafür braucht
 549 es stärkere Informations- und Beratungsangebote, vereinfachte Melderegister-Sperrungen, gut
 550 finanzierte Monitoringstrukturen und Registerstellen. Ziel ist es, dass jeder Vorfall und
 551 jede Anzeige ernst genommen, jeder Angriff aufgeklärt und jede Bedrohung wirksam abgewehrt
 552 wird. Polizei und Justiz müssen rechte Straftaten schnell erkennen, konsequent verfolgen und
 553 Betroffene transparent über ihre Handlungsoptionen informieren. Dazu gehören gut geschulte
 554 Staatsanwaltschaften, ein effizient arbeitender Staatsschutz sowie die konsequente
 555 Vollstreckung offener Haftbefehle gegen rechtsextreme Täter*innen.

556 Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

557 Wir Bündnisgrüne wollen, dass rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt und Betroffene
 558 wirksam geschützt werden. Polizei und Justiz müssen rechtsextreme Gewalt schnell erkennen,
 559 korrekt einordnen und zügig strafrechtlich ahnden – auch bei vermeintlich geringfügigen
 560 Delikten. Dazu stärken wir den Staatsschutz, schulen Staatsanwaltschaften regelmäßig zu
 561 aktuellen Entwicklungen und vollstrecken offene Haftbefehle konsequent.
 562 Rechtsextremist*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen müssen systematisch
 563 zum Schutz der gesamten Gesellschaft entwapnet werden. Aber auch im Internet gehen wir
 564 entschieden gegen Hass und Hetze vor und stärken Beratungsstrukturen für Betroffene. Eine
 565 zentrale Meldestelle für digitale Gewalt soll als Kompetenzzentrum fungieren, Meldungen
 566 aufnehmen und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden koordinieren.

567 4.7. Kulturmetropole – Berlin ist und bleibt Kultur

568 Die Kulturmetropole Berlin ist einzigartig: Keine andere Stadt hat eine so attraktive,
 569 vielfältige und zugleich dynamische Kunst- und Kulturlandschaft. Sie ist das Zuhause von
 570 Hunderttausenden von Künstler*innen und Kreativen und nach wie vor ein Magnet für Menschen
 571 aus aller Welt. Hier entsteht ständig etwas Neues, gehen gesellschaftliche Entwicklungen und
 572 individuelle Entfaltung, globaler Austausch und künstlerische Innovation Hand in Hand. Es
 573 ist heute wichtiger denn je, dass wir diese Kulturangebote und Kulturrorte haben, denn sie
 574 verhandeln und treiben gesellschaftliche Entwicklungen und schaffen Räume, in denen Menschen
 575 zusammenkommen. Wir brauchen diese Angebote in der ganzen Stadt, in den Kiezen und auf den
 576 großen Bühnen, in den kleinen Galerien und in den großen Museen; hinzu kommt der Bedarf an
 577 kulturellen Bildungsangeboten für die ganz Kleinen und für die Großen. Kultur ist die Basis
 578 für Berlins internationale Ausstrahlung, aber auch für einen bedeutenden Teil der
 579 Wertschöpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

580 Berlin ist Kultur: Unter diesem Namen hat sich auch im Winter 2024/25 ein breites Bündnis
 581 aus Kunst- und Kulturschaffenden, ihren Verbänden und den öffentlichen und privaten
 582 Kultureinrichtungen gegründet, um gegen die verheerenden Kürzungen der schwarz-roten
 583 Koalition zu protestieren. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer Seite: Bei der Verteidigung der
 584 Kunstfreiheit und Unabhängigkeit öffentlicher Kultureinrichtungen. Beim Kampf für eine gute
 585 kulturelle Grundversorgung in der ganzen Stadt, die Kulturelle Bildung und Teilhabe aller
 586 Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft sicherstellt. Und bei der
 587 berechtigten Forderung, dass Kulturarbeit endlich angemessen entlohnt wird und nicht mehr
 588 automatisch mit prekärer Beschäftigung und Altersarmut einhergeht. Gemeinsam mit der
 589 Kulturszene streiten wir deshalb auch für ein Berliner Kulturfördergesetz.

590 Kulturförderung gerecht, transparent und zukunftsfähig gestalten

591 Wir werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst- und
 592 Kulturlandschaft langfristig absichert. Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der
 593 städtischen Kulturszene, ihren Verbänden und Akteur*innen auch neue Wege beschreiten, damit
 594 öffentliche Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa
 595 durch eine Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung
 596 einzelner Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität
 597 und ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen
 598 Bildung und Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und
 599 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie

600 Fachjurs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor
601 allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

602 Wir Grüne setzen uns überdies für verbindliche Mindesthonorare und -gagen ein und wollen
603 gemeinsam Wege finden, steigende Tarif- und Betriebskosten zu refinanzieren, auch in der
604 Projektförderung. Denn Berlins Kulturbetriebe brauchen nach dem Haushaltschaos der letzten
605 Jahre endlich wieder Planungssicherheit. Die Freie Szene möchten wir stärken, sie ist mit
606 ihren kleinen Spielstätten, Projekträumen und Veranstaltungsorten ein essenzieller
607 Bestandteil des Kulturangebots – in der Breite wie in der Spitze. Dafür setzen wir auch
608 Einnahmen aus der City Tax ein: Wenn ein Großteil der Tourist*innen wegen unserer
609 Kulturszene nach Berlin kommt, soll sie auch davon profitieren dürfen!

610 Kreative Räume in der Stadtentwicklung verankern

611 Berlins Status als Kulturmetropole gründet auf der einzigartigen Mischung aus Ateliers und
612 Proberäumen, Aufführungs- und Präsentationsorten, Clubs und urbanen Freiräumen. Doch
613 Künstler*innen und kleine Kulturbetriebe sind massiv gefährdet durch steigende Wohn- und
614 Gewerbemieten, Immobilienspekulation und soziale Verdrängung. Deshalb wollen wir die
615 drastischen Kürzungen beim Arbeitsraumprogramm rückgängig machen und dieses zugleich
616 reformieren: Neben einer generellen Ausweitung des Raumangebots braucht es eine bessere
617 Berücksichtigung aller künstlerischen Sparten und die Einführung neuer Fördermodelle, die
618 auch historisch gewachsenen Strukturen und örtlichen Besonderheiten gerecht werden. Dabei
619 setzen wir vor allem auf die kulturelle Nachnutzung öffentlicher Immobilien, strategische
620 Ankäufe und die Schaffung zusätzlicher Kulturräume bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere:
621 Kulturorte und -angebote sind ein integraler Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur und
622 müssen daher in der Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik auch endlich entsprechend
623 berücksichtigt werden. Wir Bündnisgrüne machen Schluss mit der Vergabe von Landesimmobilien
624 unter der Hand an private Investor*innen wie im Fall der Alten Münze und sorgen dafür, dass
625 Kultur bei der Entwicklung von so wichtigen Orten wie den ehemaligen Flughäfen Tempelhof und
626 Tegel, dem ICC und Molkenmarkt oder der Nalepastraße nicht aus dem Blick gerät. Gleichzeitig
627 unterstützen wir die Pläne der Spartenverbände für ein House of Jazz / Zentrum für
628 Improvisationsmusik sowie für ein Haus für Tanz und Choreografie. Mit einem Kulturkataster
629 und Stadtentwicklungsplan „Kultur“ schaffen wir die notwendige Transparenz und
630 Planungssicherheit – und mit der kostenfreien Überlassung von öffentlichen Dienstgebäuden
631 die Möglichkeit, geeignete Räumlichkeiten temporär auch für kulturelle Zwecke zu nutzen.

632 Vielfalt, Gleichstellung und Schutz vor Machtmissbrauch stärken

633 Frauen und Menschen, die finanziell benachteiligt sind, sowie Menschen mit Behinderung und
634 BIPOC sind in weiten Teilen des Kulturbetriebs immer noch unterrepräsentiert. Auch hier
635 setzen wir auf fachliche Standards, wie Geschlechterparität und divers besetzte Jurs, die
636 Förderung von Vorhaben wie FairStage, ProQuote und dem Spielplan „Audiodeskription“ sowie
637 die Ausweitung der Arbeit von Diversity Arts Culture und des barrierefreien Umbaus der
638 öffentlichen Kultureinrichtungen. Um Machtmissbrauch zu bekämpfen und vorzubeugen, werden
639 wir das bereits vorliegende Konzept für eine zentrale Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen
640 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umsetzen und die öffentlichen Kulturbetriebe dabei
641 unterstützen, proaktiv gegen Fälle von MeToo und Diskriminierung vorzugehen.

642 Klimaneutrale Kultur voranbringen

643 Wenn Berlin klimaneutral werden soll, muss es auch sein Kulturbetrieb werden. Das gilt
644 insbesondere für die großen Emittenten von Treibhausgasen wie manche Museen und den
645 Festivalbetrieb. Dafür entwickeln wir in Kooperation mit der Green-Culture-Anlaufstelle des
646 Bundes Strukturen und Programme auch auf Landesebene, etwa für mehr Energieeffizienz in
647 Berlins öffentlichen Kulturimmobilien, die Wiederverwendung von Kulissen und sonstigen
648 Bühnenmaterialien oder eine bessere Klimabilanz im Gastspielbetrieb oder bei
649 Großveranstaltungen.

650 Kulturelle Bildung für alle zugänglich machen

651 Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik steht die kulturelle Teilhabe aller Menschen. Wir
652 wissen, dass auch unsere Kulturlandschaft noch einen langen Weg vor sich hat, um wirklich
653 inklusiv zu sein. Das wollen wir ändern, gemeinsam mit der Berliner Kulturszene. Dies
654 beginnt mit guter Kultureller Bildung für alle und in den Bezirken. Wir Grüne stehen für
655 eine entsprechende Grundversorgung mit Stadtteilbibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen,
656 Kommunalen Galerien und Kinder- und Jugendtheatern. Wir wollen bezahlbare Kulturangebote in
657 allen Teilen der Stadt und gerade auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Wir stehen zu dem
658 Versprechen, die maroden Standorte der Zentralen Landesbibliothek endlich unter einem
659 modernen Dach zusammenzuführen und als meistbesuchte Kultur- und Bildungseinrichtung der
660 Stadt zu einem echten Dritten Ort zu machen. Wir stärken die Musikschulen, indem wir endlich
661 die geltende Rechtsprechung umsetzen und aus Honorar- Festanstellungen machen. Und wir
662 stärken Berlins kleine Kinder-, Jugend- und Puppentheater – damit kurze Beine auch nur kurze
663 Wege zurücklegen müssen, um Kultur kennenzulernen.

664 Es ist gut, dass Vermittlungsangebote und Outreach-Programme zwischenzeitlich ein fester
665 Bestandteil der Berliner Kultur- und Bildungslandschaft sind. Wir wollen, dass Kulturelle
666 Bildung ein integraler Bestandteil aller öffentlich geförderten Kultureinrichtungen wird,
667 und unterstützen deshalb die Arbeit vom Runden Tisch „Kulturelle Bildung“. Zusätzlich werden
668 wir den Berliner Projektfonds „Kulturelle Bildung“ ausbauen, sein Rahmenkonzept
669 weiterentwickeln und die Unabhängigkeit der Fachjury stärken: Eingriffe in deren Arbeit, wie
670 seitens der CDU, lehnen wir strikt ab.

671 Kulturelle Teilhabe kostenfrei ermöglichen

672 Nicht nur junge Menschen stoßen schnell an Grenzen, wenn es um die Bezahlbarkeit von Kultur
673 geht. Wir Bündnisgrüne wollen, dass kulturelle Teilhabe keine Frage des finanziellen
674 Hintergrunds ist, sondern allen Berliner*innen offensteht. Deshalb wollen wir den
675 kostenfreien Museumssonntag wieder einführen. Wir weiten eintrittsfreie Open-Air-Formate aus
676 und fördern öffentliche Veranstaltungen wie die Fête de la Musique und den Karneval der
677 Kulturen. Sollte der Bund den KulturPass für junge Erwachsene wieder streichen, wollen wir
678 ein alternatives Angebot durch das Land Berlin prüfen.

679 Erinnerungskultur leben und koloniale Vergangenheit aufarbeiten

680 Erinnerungskultur wächst in einer demokratischen Gesellschaft von unten. Wir Grüne
681 unterstützen Einrichtungen und Initiativen, die unsere gemeinsame Geschichte sichtbar
682 machen: vom Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus über die Aufarbeitung von SED-
683 Diktatur und kolonialem Unrecht sowie die Gewalt an Frauen in kriegereichen
684 Auseinandersetzungen bis hin zu einer Erinnerungskultur in der modernen

Einwanderungsgesellschaft. Wir sichern die Arbeit der Gedenkstätten und fördern ihre historische Bildungsarbeit. Gemeinsam mit dem Bund werden wir das Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale zu einem Campus für Demokratie ausbauen. Das von uns initiierte und von der Zivilgesellschaft erarbeitete gesamtstädtische Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ wollen wir schrittweise umsetzen, einschließlich eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes. Die Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit werden wir konsequent fortführen, indem wir die Koordinierungsstelle „Decolonize Berlin“ stärken und die Provenienzforschung zu den Beständen der Berliner Museen und Sammlungen ausweiten. Und wir machen die verlängerte UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin sichtbar, etwa indem wir entsprechende zivilgesellschaftliche Aktivitäten gezielt fördern und in der öffentlichen Verwaltung auch strukturell verankern.

Pulsierende Kulturräume sichern und fördern

Wir Bündnisgrüne stehen für Subkultur, die freie Szene und die vielen kleinen Orte der Kreativität. Doch wir wissen auch: Eine Metropole wie Berlin braucht Orte für Großkonzerte, spektakuläre Veranstaltungen und Auftritte von Weltstars. Dass Adele oder Taylor Swift lieber nach München oder Gelsenkirchen statt nach Berlin gekommen sind, ist ein Armutszeugnis für Berlin. Dass die ZDF-Silvesterparty vom Brandenburger Tor nach Hamburg zieht, ist einer Hauptstadt nicht würdig. Wir wollen, dass auch solche Veranstaltungen in Berlin stattfinden, und werden Orte wie das Vorfeld des Flughafens Tempelhof, die Straße des 17. Juni oder das Olympiagelände inklusive der Waldbühne gezielt weiterentwickeln, um dort große Konzerte, Festivals oder Straßenfeste stattfinden lassen zu können. Die Konzerte der Band „Die Ärzte“ und das Projekt „Labor Tempelhof“ haben eindrücklich gezeigt, wie Großveranstaltungen klimaneutral und ressourcenpositiv funktionieren können. Wir wollen und werden dies, wo möglich, immer im städtischen Eigenbetrieb und auf städtischen Flächen praktizieren und leihen Verträge mit Eventim wie bei der Waldbühne ab.

4.8. Presse und Medien – unabhängig, qualitativ und zukunftsfest

Berlin hat das Zeug, zu einer der wichtigsten Medienmetropolen des Kontinents zu werden. Die Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Journalismus sind zugleich ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir Bündnisgrüne wollen, dass unsere Stadt ein Safer Space für Medienschaffende und Journalist*innen aus aller Welt bleibt. Zugleich muss der gesellschaftliche Wert von Journalismus auch Ausdruck finden in einer fairen und angemessenen Bezahlung der Beschäftigten. Wir investieren in ihre Ausbildung und die allgemeine Medienkompetenz, stärken die Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und fördern gezielt die hiesige Filmbranche und Kinolandschaft.

Dabei stellen wir uns auch den Herausforderungen, mit denen unsere Gesellschaft und Medienlandschaft konfrontiert wird: Medienwandel und verändertes Nutzungsverhalten, politisch motivierte Angriffe auf die Pressefreiheit, Desinformation und Hatespeech sowie die zunehmende Monopolbildung und Abhängigkeit in der globalen Plattform-Ökonomie. Der vermehrte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, zunehmend prekäre Einkommensverhältnisse und die Aushöhlung journalistischer Standards erhöhen ebenfalls den Druck auf Medienschaffende.

726 Pressefreiheit schützen und Medien stärken

727 Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut – wir Bündnisgrüne möchten sie mit aller Kraft
 728 verteidigen. Investigative Recherche und Faktenchecks wollen wir insbesondere durch die
 729 Stärkung von Informationsrechten unterstützen. Wir setzen uns für selbstorganisierte Orte
 730 und Netzwerke ein, die exilierten und lokalen Journalist*innen ermöglichen, ihre wichtige
 731 Arbeit fortzusetzen. Wir machen uns stark für eine bessere soziale Absicherung und
 732 wirtschaftliche Teilhabe von Medienschaffenden und wollen, dass diese von den Umsätzen und
 733 Erlösen ihrer Tätigkeit auch angemessen profitieren – etwa durch eine Stärkung ihrer
 734 Persönlichkeits- und Nutzungsrechte sowie eine erleichterte Einbindung in die
 735 Sozialversicherungssysteme.

736 Wir stehen für einen attraktiven und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Deshalb
 737 werden wir den begonnenen Reformprozess weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten. Neben mehr
 738 Transparenz, einer soliden Finanzierung und fairen Arbeitsbedingungen braucht es einen
 739 Hauptstadtssender rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsformate der Vielfalt Berlins und
 740 seines Umlandes wirklich gerecht werden. Das ist auch eine Frage der gesellschaftlichen
 741 Akzeptanz in einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte gezielt versuchen, die Integrität
 742 und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu untergraben.

743 Film- und Kinoförderung weiterentwickeln

744 Die Bedeutung, die der Film für Berlin hat, ist enorm. Studios und Sender, Produktionsfirmen
 745 und Plattformen sind genauso wie die Vielzahl an Beschäftigten und Dienstleister*innen ein
 746 wichtiger Teil der städtischen Wertschöpfung und der kreativen Infrastruktur. Gleichzeitig
 747 steht die Filmstadt Berlin vor der Herausforderung, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit,
 748 faire Entlohnung und künstlerische wie technologische Innovationen gleichermaßen zu
 749 gewährleisten. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne die bestehenden Fördersysteme
 750 weiterentwickeln. Neben mehr Transparenz, verbindlichen sozialen Mindeststandards und der
 751 Qualifizierung der Auswahlverfahren liegt unser Fokus auf der Nachwuchsförderung. Das gilt
 752 gleichermaßen für die Förderung von Filmfestivals, wo wir vor allem die kleinen, innovativen
 753 Formate als Schaufenster stärken und besser miteinander vernetzen wollen. Auch Kinos sind
 754 Kulturorte und für die Präsentation, Pflege und Bewahrung unseres visuellen Kulturerbes
 755 unerlässlich. Wir wollen sie deshalb nach Möglichkeit flächendeckend erhalten und dabei die
 756 neue Kinoförderung stärker an den Bedürfnissen der Programmkinos mit kuratierten Programmen
 757 und Kriterien wie Dezentralität und Teilhabe ausrichten.

758 4.9. Religion und Weltanschauung – vielfältig, tolerant 759 und miteinander

760 Berlin zeichnet sich auch durch seine religiöse und weltanschauliche Vielfalt aus. Wir
 761 Bündnisgrüne verteidigen die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit und unterstützen
 762 alle Bekenntnisse gleichermaßen. Und genauso unterstützen wir die Freiheit aller Menschen,
 763 die keiner Religion angehören wollen. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und weitere
 764 religiöse Einrichtungen sind wichtige Orte, in denen sich Menschen milieuübergreifend
 765 werteorientiert begegnen. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales
 766 Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt.

767 In Zeiten, in denen einzelne Glaubensgemeinschaften vermehrt zur Zielscheibe von Hass,
 768 Gewalt und Intoleranz werden, stehen wir an ihrer Seite. Zudem schützen wir die
 769 Einrichtungen, Veranstaltungen und die öffentliche Sichtbarkeit der anerkannten Religions-

770 und Weltanschauungsgemeinschaften und fördern ihren Dialog untereinander: etwa durch den
 771 Erhalt und Ausbau von Gemeinwesenzentren als wichtigen soziokulturellen Anlauf- und
 772 Beratungsstellen vor Ort. Wir halten am Berliner Modell des freiwilligen Religions- und
 773 Weltanschauungsunterrichts an Berliner Schulen fest, wollen ihn stärken und für bessere
 774 Rahmenbedingungen sorgen. Eine Abwicklung dieses Berliner Modells lehnen wir ab. Die
 775 katholische Theologie ist zwischenzeitlich an der Humboldt-Universität abgesichert; wir
 776 setzen uns dafür ein, dass auch die Alevitische Gemeinde zu Berlin als anerkannte
 777 Glaubensgemeinschaft dort einen eigenen Lehrstuhl erhält. Gleichzeitig machen wir uns dafür
 778 stark, dass Berlin die Staatsleistungen an die Kirchen abschaffen kann, indem der Bund die
 779 Grundlage dafür schafft.

780 Religionsausübung gleichberechtigt ermöglichen

781 Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen Überzeugungen öffentlich und
 782 ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften leben zu können. Gleichzeitig
 783 streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder Weltanschauung (mehr) angehören
 784 wollen. Beim Neutralitätsgesetz folgen wir der langjährigen Rechtsprechung des
 785 Bundesverfassungsgerichts und schaffen es endlich ab. Wir ändern das Ladenschlussgesetz
 786 zugunsten jüdischer Geschäfte mit koscheren Lebensmitteln, damit sie auch an Sonntagen
 787 anstelle von Samstagen öffnen können. Und wir stärken den Schutz jüdischer und muslimischer
 788 Feiertage. Auch bei der Telefon- oder Gefängnisbesuchsbesorge darf der Glaube keinen Unterschied
 789 machen: Kürzungen zulasten einzelner religiöser Gruppen sind nicht weiter hinnehmbar.
 790 Außerdem liberalisieren wir die gesetzlichen Vorgaben bei Bestattungen, damit religiöse wie
 791 nicht-religiöse Menschen ihre Angehörigen so bestatten lassen können, wie es ihren eigenen
 792 Vorstellungen oder den Vorschriften ihrer Religionsgemeinschaft entspricht.

793 Interreligiösen Dialog und Gemeinwesenzentren fördern

794 Wir Grüne unterstützen den Dialog der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und
 795 interreligiöse Formen des Gedenkens. Es braucht Orte, in denen sich Menschen begegnen und
 796 austauschen können. Doch insbesondere kleinere Gemeinschaften können sich stadtweit eigene
 797 Räume nicht mehr leisten. Deshalb verfolgen wir Bündnisgrüne weiterhin das Konzept der
 798 Gemeinwesenzentren, die zu unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Zwecken und
 799 auch gemeinsam genutzt werden können. Neben dem Erhalt von solchen offenen Orten wollen wir
 800 Räume wie diese als Teil der Quartiersentwicklung und sozialen Infrastrukturplanung
 801 verankern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die meisten Gemeinschaften ihre (sozialen)
 802 Beratungsangebote nicht nur ihren eigenen Mitgliedern zur Verfügung stellen, sondern allen,
 803 die sie brauchen.

804 4.10. Demokratische Teilhabe – Berlin gemeinsam 805 gestalten

806 Unser Berlin ist ein demokratisches Berlin und das werden wir mit aller Kraft erhalten. Der
 807 Blick nach Ungarn oder in die USA zeigt, dass die Feinde der Demokratie die Arbeitsfähigkeit
 808 von Parlamenten und Verfassungsgerichten untergraben und die demokratische Zivilgesellschaft
 809 bedrohen. Wir Bündnisgrüne stellen uns in Berlin allen Angriffen entschlossen entgegen. Wir
 810 möchten die Resilienz unserer Einrichtungen und die Zivilgesellschaft stärken. Denn
 811 gefestigte Institutionen und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat unserer Demokratie.
 812 Und weil starke Demokratien vom Engagement vor Ort leben, wollen wir die Beteiligung in Land

813 und Bezirken stärken, damit Berliner*innen mehr mitentscheiden können: Repräsentative,
814 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen und ergänzen sich.

815 Demokratiebildung und Zivilgesellschaft stärken

816 Die schwarz-rote Koalition hat tragende Strukturen der Demokratieförderung ausgedünnt,
817 während Desinformation, Hass und digitale Gewalt in unregulierten Räumen wuchern. Wir Grüne
818 stehen an der Seite zivilgesellschaftlicher Strukturen, Vereine und Initiativen, die vor Ort
819 in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben, schützen und wieder stärken.
820 Wir führen ein Landesdemokratiefördergesetz ein und unterstützen und sichern ihr Engagement
821 und ihre Arbeit damit nachhaltig. Die Landeszentrale für politische Bildung ist
822 unverzichtbar, um Wissen über demokratische Strukturen und politische Bildung und
823 Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Wir verurteilen die Angriffe der CDU auf die Unabhängigkeit
824 dieser Institution und werden ihren demokratischen Auftrag klar verankern und ihre Arbeit
825 stärken. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass politisches Engagement
826 von Vereinen als gemeinnützig anerkannt bleibt bzw. als solches anerkannt wird.

827 Beteiligung für alle ermöglichen

828 Wir Grüne setzen uns weiterhin sowohl im Land Berlin als auch im Bundesrat dafür ein, dass
829 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von ihrer
830 Staatsangehörigkeit an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den
831 Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und perspektivisch auch an Bundestagswahlen
832 teilnehmen können. Wir werden die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in allen
833 Berliner Bezirken ermöglichen und ihnen Rede- und Antragsrecht in den BVVen und deren
834 Ausschüssen geben, damit Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihres Bezirks mitwirken
835 können.

836 Die Instrumente Direkter Demokratie in Berlin haben sich in den vergangenen Jahren bewährt
837 und wir werden sie behutsam weiterentwickeln. Dazu gehört die Einführung eines fakultativen
838 Referendums, mit dem die Bürger*innen ein Vetorecht erhalten würden, wenn das
839 Abgeordnetenhaus ein im Volksentscheid verabschiedetes Gesetz ändert. Wir wollen zudem
840 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, die Beteiligungsbüros in den
841 Bezirken stärken, die Leitlinien zur Beteiligung endlich vollständig umsetzen und eine*n
842 Beauftragte*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Mit dem
843 Stadtvertrag „Beteiligung“ setzen wir auf echte, offene und im Ergebnis bindende
844 Beteiligungsprozesse. Wir unterstützen damit Bürger*innenräte, in denen geloste Bürger*innen
845 konkrete Themen im Kiez oder auch auf Landesebene auf Basis von Fachimpulsen und in
846 moderierten Verfahren bearbeiten und zu konkreten Vorschlägen führen.

847 Resilienz demokratischer Institutionen stärken

848 Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen werden wir Resilienzmechanismen
849 schaffen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Berliner Abgeordnetenhauses, des
850 Berliner Verfassungsgerichtshofs und der Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen.
851 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst nichts verloren.

852 Verbotsverfahren gegen die AfD anstrengen

853 Der Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Deutschland ist die
854 größte Gefahr für unsere Demokratie. Geflüchtete, Muslim*innen und Menschen mit

855 Migrationsgeschichte werden zur Zielscheibe politischen Hasses gemacht, ihre Angst wächst.
 856 Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch, Angriffe auf
 857 Geflüchtetenunterkünfte sowie rassistisch, antisemitisch und queerfeindlich motivierte
 858 Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen Normalität geworden. Die Einstufung der AfD
 859 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Partei muss
 860 endlich Folgen haben. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit das
 861 Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der AfD entscheiden kann.

862 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 4)

863 Schutz vor Gewalt – Zwei neue Frauenhäuser für Berlin

864 Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir Bündnisgrüne in der Bundesregierung einen historischen
 865 Meilenstein zum Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt gesetzt. Die Bundesmittel zur
 866 Umsetzung des Gewalthilfegesetzes dürfen nicht für die allgemeine Haushaltsentlastung
 867 missbraucht werden, sondern müssen in zusätzliche Gewalthilfemaßnahmen investiert werden.
 868 Berlins Frauenhäuser sind überlastet. Zu oft müssen Frauen, die Schutz suchen, abgewiesen
 869 werden. Wir Bündnisgrüne wollen die Bundesmittel einsetzen, um unter anderem zwei neue
 870 Frauenhäuser für Berlin zu öffnen.

871 Kultur stärken – gerecht, transparent und nachhaltig mit dem 872 Kulturförderungsgesetz

873 Wir Bündnisgrüne werden ein Kulturförderungsgesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst-
 874 und Kulturlandschaft langfristig absichert. So sorgen wir dafür, dass Kulturangebote bei
 875 allen ankommen! Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der städtischen Kulturszene,
 876 ihren Verbänden und Akteur*innen auch neue Wege beschreiten, damit öffentliche
 877 Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa durch eine
 878 Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung einzelner
 879 Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität und
 880 ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen
 881 Bildung und der Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und
 882 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie
 883 Fachjurs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor
 884 allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

885 Zivilgesellschaft stärken, Demokratie schützen – ein 886 Demokratieförderungsgesetz für Berlin

887 Wir Grüne stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Vereine und
 888 Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben und
 889 schützen. Um sie zu stärken, führen wir ein Landesdemokratieförderungsgesetz ein und
 890 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. So schaffen wir
 891 eine bessere finanzielle Planbarkeit mit fairen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft.
 892 Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzes ist es unerlässlich, zivilgesellschaftliche
 893 Projekte und Initiativen aktiv einzubinden.